

SOZIALE INFRASTRUKTUR ALS HERZ EUROPÄISCHER KOHÄSIONSPOLITIK SICHERN

Mit Blick auf die grundlegende Neuausrichtung der europäischen Förderlandschaft, die die EU-Kommission am 16. Juli 2025 vorgeschlagen hat, ruft der Deutsche Caritasverband dazu auf, die Absicherung einer starken sozialen Infrastruktur als Standortfaktor und zur Unterstützung wirtschaftlicher Prosperität in den Mittelpunkt der Nationalen und Regionalen Partnerschaftsprogramme zu stellen. Dabei ist die Rolle der Europäischen Kohäsionspolitik, innovative neue Ideen zu fördern und die soziale Infrastruktur in Transformationsprozessen zu unterstützen, ohne dabei Aufgaben nationalstaatlicher Versorgungspflichten zu übernehmen. Der Deutsche Caritasverband stellt sich somit klar hinter die Zielsetzung der EU-Kohäsionspolitik nach Art. 174 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union¹.

In der europäischen Kohäsionspolitik sind die wirtschaftliche, soziale und territoriale Dimension untrennbar miteinander verwoben. **In besonderer Weise gilt es darauf zu achten, dass auch angesichts anstehender und notwendiger Reformen, wie die Vereinfachung der Antrags- und Abrechnungsprozesse, die soziale Dimension nicht anderen Zielsetzungen untergeordnet wird.** Der Deutsche Caritasverband sieht diese Gefahr bei der Zusammenlegung und Zentralisierung der kohäsionspolitischen Fonds und der Gemeinsamen Agrarpolitik ohne ausreichende Schutzmechanismen von europäischer Seite deutlich gegeben. Aus Sicht der Caritas soll jegliche Politik zuallererst dem Wohle der Menschen dienen und im Sinne der Subsidiarität so lokal wie möglich umgesetzt werden.

Unter **sozialer Infrastruktur** versteht der Deutsche Caritasverband die Gesamtheit der Einrichtungen und Dienste zur sozialen Versorgung der Bevölkerung. Soziale Infrastruktur sorgt für die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in den Regionen und gehört als wesentlicher Bestandteil der Daseinsvorsorge zu den Grundaufgaben öffentlicher Verantwortungen. Die Leistungen werden durch Kommunen sowie freigemeinnützige Träger, aber auch Selbsthilfegruppen und ehrenamtliche Akteure erbracht. Beispiele für Bestandteile der sozialen Infrastruktur sind Gesundheits- und Pflegedienste, Kinder- und Jugendhilfe, Bildungseinrichtungen, Betreuungs- und Beratungsangebote, etc. Die Europäische Union unterstützt die soziale Infrastruktur in Transformationsprozessen durch die Förderung innovativer Ideen und Methoden.

Der Vorschlag der Europäischen Kommission für einen Mehrjährigen Finanzrahmen 2028-2034, der sowohl erheblichen Kürzungen im Europäischen Sozialfonds ESF+ als auch eine stärkere Zentralisierung der europäischen Kohäsionspolitik vorsieht, lässt befürchten, dass die Bereitstellung einer bedarfsgerechten sozialen Infrastruktur auf

¹ Art. 174 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union: „Die Union entwickelt und verfolgt weiterhin ihre Politik zur Stärkung ihres wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts, um eine harmonische Entwicklung der Union als Ganzes zu fördern.“

lokaler und regionaler Ebene gefährdet wird. Diese Entwicklung widerspricht dem Subsidiaritätsprinzip und schwächt die Fähigkeit der Regionen rechtzeitig, bürgernah und sachgerecht auf absehbare soziale Herausforderungen zu reagieren.

Der Deutsche Caritasverband schließt sich der Analyse der Bundesregierung in ihrem Koalitionsvertrag an, nach der „Die Kohäsionspolitik [...] in Zeiten großer Herausforderungen eine wichtige Säule eines solidarischen Europas und ein zentrales Instrument zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, Innovationskraft und gleichmäßigen Entwicklung aller europäischen Regionen“² ist. Nicht nur in strukturschwachen und von Transformationsprozessen betroffenen Regionen, sondern in allen Regionen spielt die europäische Kohäsionspolitik eine entscheidende und mit Blick auf die schwierige Haushaltssituation der Regionen eine immer wichtigere Rolle. Die Unterstützung der Regionen ist daher im nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen der EU zwingend mit einem substanziellen Budget auszustatten. Eine Mittel-Kürzung ist nicht zu rechtfertigen. Zur Unterstützung der sozialen Infrastruktur ist es zudem unbedingt notwendig, gezielt Mittel innerhalb der Nationalen und Regionalen Partnerschaftsprogramme von EU-Ebene vorzusehen.

Die **Caritas** als gelebte und organisierte Nächstenliebe der katholischen Kirche ist in ihrer täglichen Arbeit sowohl ein starker regionaler Akteur als auch europa- und weltweit tätig. Das in allen EU-Mitgliedstaaten tätige und eng verzahnte Netzwerk der Caritas verbindet europäische Weitsicht mit regionaler Verbundenheit in einzigartiger Weise. Europäische Kohäsionspolitik und die mit ihr verbundenen Förderfonds thematisieren grundlegende Verteilungs- und Gerechtigkeitsfragen, suchen nach Lösungen und sind entsprechend untrennbar mit der Arbeit und Struktur der Caritas in Europa verbunden.

SOZIALE INFRASTRUKTUR ALS VORAUSSETZUNG FÜR DEN EUROPÄISCHEN ZUSAMMENHALT, WIRTSCHAFTLICHE RESILIENZ UND FRIEDEN

Die soziale Infrastruktur ist Grundlage unserer wertegebundenen Lebensweise in Europa. Eine funktionierende soziale Infrastruktur trägt maßgeblich zur Erreichung folgender Ziele mit europäischem Mehrwert bei:

- **Politische Stabilität, Sicherheit, Frieden:** Eine funktionierende soziale Infrastruktur gleicht Unterschiede in der Gesellschaft aus, stärkt das Gemeinschaftsgefühl und öffnet Räume zur gesellschaftlichen und politischen Teilhabe. Sie ist damit die zentrale Voraussetzung für den sozialen Frieden innerhalb der Gesellschaft und zwischen den Nationen. Eine funktionierende soziale Infrastruktur trägt maßgeblich zu politischer Stabilität bei, und beugt der

² Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. 21. Legislaturperiode, Z. 4376 ff.
(www.koalitionsvertrag2025.de)

Gefahr vor, dass in Regionen mit hohem Transformationsbedarf populistische Parteien und Gruppierungen die Unzufriedenheit der Menschen für ihre Zwecke missbrauchen und ausnutzen. Dass rechtspopulistische Narrative Erfolg haben, belegt eindrucksvoll der „IW Kurzbericht“ vom 21.7.25: „AfD gewinnt gerade in Transformationsregionen“.³

- **Resilienz und Krisenvorsorge:** Die EU-Kommission hat 2025 in ihrer „Strategie für eine Union der Krisenvorsorge“ Sozialfürsorge, Kinderbetreuung und Langzeitpflege als für eine breite gesellschaftliche Resilienz relevant eingestuft.⁴ Die Staats- und Regierungschefs stellen in ihrer strategischen Agenda 2024-2029 fest, dass die Resilienz der europäischen Gesellschaft und Wirtschaft ausschlaggebend für eine harmonische Entwicklung der Europäischen Union ist.⁵ Investitionen in Kohäsion und Soziales beugen Krisen präventiv und nachhaltig vor.
- **Wettbewerbsfähigkeit:** Regionen, die eine gute soziale Absicherung und Daseinsvorsorge mit einer Perspektive auf Entwicklungs- und Befähigungsmöglichkeiten bereitstellen, investieren in einen wichtigen Standortfaktor im internationalen Wettbewerb um Fach- und Arbeitskräfte, insbesondere in Arbeitsfeldern mit einem hohen Fachkräftemangel, wie z.B. Pflege- und Betreuungsangebote. Investitionen in die Menschen schaffen Wirtschaftsleistung und erhöhen die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Regionen.
- **Geopolitische Stärke:** Stabile Europäische Regionen stärken den europäischen Wirtschafts- und Lebensraum sowie die Europäische Union geopolitisch in einem sich im Umbruch befindenden globalen Ordnung. Die soziale Dimension von Investitionen und Reformen sollte integraler Bestandteil der Sicherheitsagenda sein. Wirtschafts- und sicherheitspolitische Zielsetzungen müssen jederzeit konsequent mit sozial- und kohäsionspolitischen Zielen zusammengedacht werden. Die Stärke der Europäischen Union sind ihre Menschen – entsprechend müssen Investitionen der EU tatsächlich bei diesen ankommen.
- **Sichtbarkeit der europäischen Idee:** Europäische Kohäsionspolitik bringt die Idee und die Politik Europas zu den Menschen vor Ort. Neben ihrem konkreten Nutzen ist die Kohäsionspolitik also auch ein Marketing-Instrument für Europa als Gemeinschafts- und Friedensprojekt.

³ Knut Bergmann / Matthias Diermeier / Hanno Kempermann, 2025, AfD gewinnt gerade in Transformationsregionen, IW-Kurzbericht, Nr. 62. ([AfD gewinnt gerade in Transformationsregionen - Institut der deutschen Wirtschaft \(IW\)](#))

⁴ Vgl. Europäische Strategie für eine Union der Krisenvorsorge (JOIN(2025) 130 final) (<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX:52025JC0130>)

⁵ Siehe European Council: Strategic Agenda 2024-2029, S. 8. (<https://www.consilium.europa.eu/de/european-council/strategic-agenda-2024-2029>)

MÖGLICHKEITEN DER EU, SOZIALE INFRASTRUKTUR IN IHRER KOHÄSIONSPOLITIK ZU STÄRKEN

Die Zukunft der EU-Kohäsionspolitik muss vorausschauend und langfristig ausgestaltet werden. Der Deutsche Caritasverband fordert daher im Einzelnen:

- Die Europäische Kohäsionspolitik muss **entsprechend ihrer tatsächlichen Bedarfe** finanziell ausgestattet werden und **in allen Regionen** umgesetzt werden, damit sie ihrer Rolle zur Stärkung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts der EU gerecht werden kann.
- Innerhalb der Nationalen und Regionalen Partnerschaftsprogramme müssen von der EU die inhaltlichen Prioritäten klar voneinander abgegrenzt und budgetiert werden. Mindestens 25% der kohäsionspolitischen Mittel müssen die Mitgliedstaaten für die Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte einsetzen.
- Die **regionale Steuerung** der EU-Kohäsionspolitik muss im Sinne des Subsidiaritätsprinzips unbedingt gewahrt bleiben, um sicherzustellen, dass die Gelder auch dort ankommen, wo sie am meisten benötigt werden.
- Das **Partnerschaftsprinzip**, nach dem u.a. die Zivilgesellschaft bei der Erarbeitung, Umsetzung und Evaluierung der Programme einbezogen wird, muss gestärkt werden. Entsprechende Mittel der EU sollen zur Unterstützung der Wirtschafts- und Sozialpartner sowie der Antragsteller eingesetzt werden.
- Da die Kohäsionspolitik **langfristig und präventiv** wirkt, sind krisenbedingte Umwidmungen während der laufenden Programmperiode möglichst zu vermeiden. Eine zusätzliche und flexibel einzusetzende **Budgetlinie „Krisenintervention“** könnte ausgleichend wirken.
- Investitionen in **soziale Infrastruktur und die Stärkung deren Resilienz** müssen das Herz kohäsionspolitischer Maßnahmen sein. Dies umfasst u.a.:
 - die Unterstützung bei Klimaanpassungsmaßnahmen der sozialen Infrastruktur.
 - die Stärkung von Ehrenamt, freiwilligem Engagement und Selbstverantwortung.
 - eine solidarische Organisation von Care-Arbeit unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft. Gute und verlässliche Kindertagesbetreuung und die Unterstützung von Menschen mit pflegebedürftigen Angehörigen wirken dem Fachkräftemangel insgesamt entgegen.
 - die Berücksichtigung der Perspektive junger Menschen (Youth Mainstreaming) und die Schaffung einer kinder- und jugendgerechten Infrastruktur.
- Die **hohe administrative Komplexität der Antragstellung und Mittelverwaltung muss reduziert** werden. Die Wirksamkeit der Projekte vor Ort wird durch den

bürokratischen Aufwand unterminiert, indem bis zu 50% der Ressourcen eines Projektes in die Administration fließen. Daher müssen:

- Programme so aufgesetzt werden, dass Förderinstrumente von EU, Bund, Land und kommunaler Ebene integrativer und verschränkter genutzt werden können.
 - vereinfachte Kostenoptionen wie Standardeinheitskosten oder Restkostenpauschalen ausgebaut werden. Gleichzeitig muss sichergestellt werden, dass Pauschalbeträge auskömmlich berechnet und bspw. Tarifsteigerungen berücksichtigt werden.
 - eine programmspezifische Wirkungsmessung über entsprechende Evaluierungsaufträge ermöglicht werden, anstatt ausufernde Datenerhebung auf der Basis EU-weiter Indikatoren durchzuführen.
 - bei entsprechenden mitgliedstaatlichen Voraussetzungen Prüfpfade angepasst und die Prüfungen der nationalen Behörden von der EU anerkannt werden. Dies verhindert, dass Träger von mehreren Ebenen geprüft werden, und erhöht das Vertrauen in die Mitgliedstaaten.
 - beihilfe- und vergaberechtliche Vorgaben vereinfacht und im Sinne der Projektträger umsetzbar aufbereitet werden.
- Mit Blick auf den Haushaltsdruck regionaler und lokaler Akteure ist die **Anhebung der EU-Kofinanzierungssätze** unerlässlich. Für sozial-innovative Projekte oder Projekte, die sich an benachteiligte Zielgruppen richten, ist eine Ko-Finanzierungsrate von mindestens 90 Prozent notwendig. In Programmen, die sich an kleine und mittlere Unternehmen oder die wirtschaftliche Stärkung sozialer Unternehmen richten, ist eine EU-Ko-Finanzierung von mindestens 70 Prozent gerechtfertigt.
- Für die zukünftige Programmarchitektur sollten „**Cluster-Programme**“ bevorzugt werden, die sich an zielgruppenübergreifenden und breit gefächerten Themen (z.B. „Verbesserung der sozialen Inklusion im Quartier“) ausrichten. Träger können die Projekte dann auf die tatsächlichen Problemlagen und Zielgruppen vor Ort zuschneiden. Bei Projekten, in denen vorrangig Personalkosten anfallen oder die Erreichung der Projektziele nicht primär vom Projektträger abhängt, sollte **keine ausschließlich resultatbasierte Förderung** erfolgen. Im Bereich sozialer und innovativer Projekte, insbesondere im ESF, würden Zahlungen, die nur an die Erfüllung vorher festgelegter Ergebnisse gekoppelt sind, auf der Programm- und Projektebene zu einer einseitigen Konzentration auf Methoden und Zielgruppen führen, mit denen die Erreichung der Ergebnisindikatoren relativ sicher zu erreichen wären („Creaming out effect“). Sozial besonders gefährdete Zielgruppen beispielsweise mit multiplen Vermittlungshemmnissen oder neue und innovative Ansätze würden aus der EU-Förderung herausfallen.

Der **Deutsche Caritasverband e.V.** (DCV) ist die verbandlich organisierte Wohlfahrtspflege der katholischen Kirche in Deutschland. Der DCV versteht sich aus seiner christlichen Überzeugung heraus als Anwalt und Partner von Menschen in Lebenskrisen und von vulnerablen Gruppen. Fast 740.000 hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie mehrere hunderttausend Ehrenamtliche und Freiwillige arbeiten in den knapp 25.000 Einrichtungen und Diensten, die der Caritas in Deutschland angeschlossen sind, vorrangig in der Gesundheitshilfe, der Kinder- und Jugendhilfe, der Familienhilfe, der Altenhilfe, der Behindertenhilfe/Psychiatrie, in Migrationsdiensten und weiteren sozialen Hilfen. Der Deutsche Caritasverband stellt damit eine wichtige und über das Sozialstaatsprinzip verfassungsrechtlich verankerte Säule des deutschen Gesundheits- und Sozialsystems dar.

Gemeinsam mit seinen 27 Diözesancaritas- und zahlreichen Fachverbänden gestaltet der DCV in Deutschland und Europa Sozial- und Gesellschaftspolitik mit. Um europäische Themen in Brüssel mitzugestalten, betreibt der DCV die „**Kontaktstelle Politik Europa**“ in Brüssel.